

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925**

16.3.1925 (No. 63)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:  
Karlsruher  
Straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postkonton:  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. e. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Rückstellungen tarifreier Post, der als Kartierabgabe gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschaltung, Malschneidung, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Für telefonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfuß erfolgen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### \* Die Tagung des Völkerbunds und Deutschland

Die Völkerbundstagung in Genf hat eine Reihe von Fragen unentschieden gelassen und ihre Erledigung der nächsten Tagung reserviert. Dazu gehören die Beschwerden über das Regime an der Saar, die Differenzen zwischen Polen und Danzig und die Frage der Entwaffnungskontrolle. Was die Beschwerden wegen der Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet betrifft, so wird die Saarregierung aufgefordert, dem Völkerbundsrat für seine nächste Tagung einen Bericht vorzulegen, in welchem auszuführen ist, mit welchen Mitteln die Regierung ohne die französischen Truppen die Sicherheit der Bevölkerung gewährleisten könne, wobei die Möglichkeit zu erwägen sei, fremde Truppen außerhalb des Saargebietes im Notfall heranzuziehen. Dem Sinne nach bedeutet dieser Entschluss ein gewisses Entgegenkommen für Deutschland. Denn, wenn man die erwähnte Möglichkeit, fremde Truppen rasch zur Hilfe heranzuziehen, wirklich in Rechnung setzt, wird sich die künftige Anwesenheit französischer Truppen von der Saarregierung wohl nicht mehr begründen lassen, zumal ihr eine Vermehrung der lokalen Gendarmerie um 240 Mann genehmigt worden ist.

Was die Danziger Frage anlangt, so sind die Differenzen noch nicht endgültig entschieden worden. Zumindest ist es erfreulich, daß Polen mit seinen Forderungen nicht durchdringen konnte. Ebenso richtig ist es aber auch, wenn gesagt wird, daß diese Politik der langen Bank Polen nur zu neuen Überheblichkeiten verleiten werde. An der Absicht Polens, Danzig vollends einzufassen, ist nicht mehr zu zweifeln. Auf der anderen Seite hat sich allerdings die Erkenntnis, wie unangenehm die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags im Osten sind, zumal in England immer mehr und mehr Bahn gebrochen. Es ist eine konservative Zeitschrift, der Londoner „Observer“ der jetzt ganz unverbohlen davon spricht, daß der sogenannte „polnische Korridor“ zu Unrecht Deutschland weggenommen worden sei, und daß auch die Entscheidung in der obereschlesischen Teilungsfrage revidiert werden müsse.

Ebensowenig genehmigt hat man sich in der Frage der Völkerbundsaufricht über die Entwaffnung der besiegten Länder. Während Frankreich und seine Klienten den Standpunkt vertreten, daß bei einer Verhängung von Sanktionen die Mehrheit entscheiden könne, haben England und die anderen Mächte an der wahrlich richtigeren Auffassung festgehalten, daß bei derartig wichtigen Beschlüssen die Einstimmigkeit gefordert werden müsse. Ähnlich ist es mit der Kontrolle des entmilitarisierten Rheinlands. Frankreich will hier ein dauerndes Kontrollsystem, während England nur für Untersuchungen auf Antrag zu haben ist.

In der Angelegenheit des Genfer Protokolls hat die Völkerbundstagung einen gewissen Abschluß erzielt: das Protokoll ist erledigt. Und seine Wiedererweckung zum Leben ist kaum zu erwarten. An seine Stelle ist der Vorschlag der „Fünfmächtepakts“ getreten. Das britische Kabinett hat sich in seiner großen Mehrheit, und zwar unter Überstimmung Chamberlains, der einen Pakt ohne Deutschland also ausgesprochen. Und Chamberlain hat diesen Standpunkt seines Kabinetts in Genf vertreten müssen.

Am bedeutendsten ist natürlich der Beschluß des Völkerbundsrates in der Frage der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Dieser Beschluß schafft nunmehr glatte Bahn für den Eintritt. Erstens wird die bekannte Note Deutschlands vom 12. Dezember 1924 vom Völkerbundsrat mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Zweitens wird uns die Stimme im Völkerbundsrat in der diplomatischen Form, die hier allein nach Lage der Dinge in Betracht kommen kann, zugesichert. Drittens werden uns keine Bedingungen gestellt werden. Und viertens werden unserem Gefühl nach die von der deutschen Reichsregierung an sich mit Fug und Recht vorgebrachten Bedenken bezügl. des Artikels 16 des Völkerbundsstatuts entkräftet.

Dieser Artikel fordert von den Mitgliedern des Völkerbundes für den Fall von militärischen Strafmaßnahmen freien Durchzug und etwaige militärische Teilnahme an der Strafaktion. Nun ist es ganz richtig, daß man einem, entwaflneten Deutschland bei derartigen

Aktionen nicht das Gleiche zumuten kann, wie einem anderen Staat, der über eine volle militärische Ausrüstung verfügt. Der Völkerbundsrat gibt uns jedoch zu verstehen, daß Deutschland als Mitglied des Völkerbunds rats durchwegs die Möglichkeit habe, im Falle einer solchen Strafaktion eine besondere Rücksichtnahme zu verlangen und auch durchzusetzen, zumal ja die Beschlüsse des Rats einstimmig zu fassen sind.

Wenn nicht noch neue Schwierigkeiten auftauchen, Schwierigkeiten, die wohl nur von Frankreich ausgehen könnten, steht dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund jetzt nichts mehr im Wege. Und wir glauben kaum, daß die deutsche Reichsregierung ihrerseits zögern wird, den Antrag um Aufnahme in den Völkerbund in der durch die Satzung vorgeschriebenen Form zu stellen.

### Das Sicherheitsproblem

Die Pariser Verhandlungen

Die Verhandlungen über das Sicherheitsproblem, den Kontrollbericht und die Räumung von Köln dürften in den nächsten Tagen in den in Paris zwischen Herriot und den Außenministern Englands, Polens und der Tschechoslowakei stattfindenden Unterredungen in ihre entscheidende Phase eintreten. Am heutigen Montag nachmittags wird Herriot den in der vergangenen Woche eingeleiteten Meinungsaustausch mit dem englischen Außenminister Chamberlain fortsetzen, und am Abend den tschechoslowakischen Außenminister Beneš empfangen. Die Aussprache mit dem polnischen Außenminister Stronski ist auf Mittwoch in Aussicht genommen, und es verläut, daß Beneš daran teilnehmen wird. In unterrichteten Kreisen glaubt man jetzt der „Frankf. Ztg.“ zufolge, daß es in der Unterredung zwischen Chamberlain und Herriot, wenn auch noch nicht zu einer definitiven Verständigung über den Garantievertrag, so doch wenigstens zu einer grundsätzlichen Einigung über die Festlegung der Bedingungen, von denen die Räumung von Köln abhängig gemacht werden soll, kommen wird.

„Enttäuschungen“ des „Matin“

Der Pariser „Matin“ bringt „Enttäuschungen“ über einen angeblichen Wink im englischen Kabinett zur Sicherheitsfrage. Danach habe Chamberlain, der für einen englisch-französischen Pakt gewesen sei, im Kabinett besonders durch Churchill und Curzon eine „blutige Niederlage“ erlitten, und habe deshalb Herriot in Paris am 6. März nichts anbieten können. Bereits in den ersten Wochen des September habe Lord D'Abernon, ohne das Foreign Office benachrichtigt zu haben, aber im Einverständnis mit seinen Freunden von der Gruppe Lloyd Georges die deutsche Regierung von der Notwendigkeit unterrichtet, hier etwas Entscheidendes zu tun, damit den Gefahren eines französisch-englischen Paktes begegnet werden könne, dessen eifriger Anhänger Chamberlain sei. Infolge dieser Tatsächliche hätte der deutsche Vorkaufser Stahmer am 30. 1. die bekannte Demarche bei Chamberlain unternommen und Geheimhaltung gefordert. Aber Chamberlain als loyaler Freund Frankreichs habe sofort den französischen Vorkaufser in Kenntnis gesetzt. — Der Gewächsmann des Matin-Berichterstatters will wissen, daß Chamberlain zu seiner Überberachtung in Genf entbedt habe, daß die Mehrheit der Kleinen Staaten eine gemeinsame Front mit Frankreich bilde. Infolge der ministeriellen Front müsse Chamberlain vor der Regierung die Verantwortung für eine Politik tragen, die seinen Ansichten entgegenstehe. Chamberlain könne Herriot auch bei seiner heutigen Unterredung keine konkreten Vorschläge unterbreiten, sondern im Gegenteil nur den Unterschied betonen, der zwischen der französischen Sicherheitslehre und der Chamberlain von seinen Kollegen aufstrotzenden Politik liege.

Eine englische Stimme

Der diplomatische Berichterstatter des Londoner „Observer“ schreibt zu der heutigen Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Herriot, die entscheidende Frage sei, ob Frankreich zustimmen werde, daß ein Unterschied zwischen den westlichen und östlichen Grenzen Deutschlands gemacht werde. Ein Argument zu Gunsten dieses Vorfahrens, das Chamberlain vermutlich morgen vordringen werde, falls eine gute Atmosphäre vorhanden sei, sei, daß Polen auf die Dauer einen vorteilhaften Handel machen werde, wenn es Deutschland den Korridor und dem jetzigen Polen zugewiesene Teile Oberschlesiens zurückgeben werde. Unter den jetzigen Verhältnissen gleiche Polen einem Vulkan, wenn Polen den Preis zahle, der allein einen Sicherheitspakt ermöglichen werde es selbst Sicherheit haben. Dies seien die Richtlinien, die für Chamberlains Politik maßgebend seien.

Der „Observer“ führt ferner in einem Zeitartikel aus, jeder Rückblick auf die Geschichte der neuen Zeit bilde eine Warnung für die Ausnieher des Versailles Vertrages, Gewalt sei nicht das geeignete Mittel, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Alles, was im Vertrag gut und richtig sei, werde durch seine Fehler und Unrichtigkeiten gefährdet. Die Beseitigung der letzteren sei wesentlich für die Konsolidierung in Europa, insbesondere im Osten. Den Rat, den man Polen erteilen müsse, sei, daß es ein Tod bringendes Geschenk erhalten habe in der Gestalt von Grenzlinien, die geeignet seien, gerade im Augenblick der Wiedergeburt Polens die Segnerhaft Deutschlands und Russlands wieder zu beleben. Man müsse Polen den Rat geben, der Deutschland 1871 wiederholt erteilt wurde, zu erwägen, ob die territoriale Regelung wirklich klug sei.

### Der südwestdeutsche Republikanertag

Karlsruhe hat vorgestern und gestern eine Republikanertagung erlebt, wie sie imponierender die badische Landeshauptstadt wohl bisher noch nicht erlebt hat. Rund 8000 Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold waren aus ganz Südwestdeutschland zusammengeströmt, um bei der Gaubannerweihe am Sonntag Zeugnis abzulegen von ihrer republikanischen Gesinnung.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ ist heute wohl die größte und stärkste Männerorganisation, die es in Deutschland gibt. Der republikanische Gedanke hat gerade im letzten Jahr eine Zugkraft entwickelt, die man sich früher wohl nicht für möglich gehalten hätte. Vor allem sind es die republikanisch gesinnten Frontsoldaten, die dem Reichsbanner angehören. Dann aber ist es vor allem die Jugend, die ihm zuströmt. Denn sie findet dort in gleicher Weise eine Befriedigung ihrer republikanischen Gefühle und ihrer Vaterlandsliebe. Das nationale Gefühl auf republikanischer Basis zu pflegen, ist sicher die Aufgabe des Reichsbanners, die ihm auch in Zukunft eine überragende Stellung im Leben unseres Volkes sichert.

Vor einer solchen Aufgabe müssen, wenn sie recht erfaßt und richtig durchgeführt wird, die Unterschiede der Parteien zurücktreten. Jede Partei kann, sofern sie selbst auf republikanischem Boden steht, ihre Mitglieder in das Reichsbanner entsenden. So sehen wir denn ja auch, daß in den meisten Fällen, Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumskleute einmütig im Reichsbanner zusammenarbeiten, zum Wohle ihres Vaterlandes und zum Schutze der Republik. So wird der republikanische Gedanke am besten populär. Er wird nicht mehr als eine Sache des Verstandes betrachtet, sondern als eine Angelegenheit des Gefühls aufgefaßt und so in die Masse, und vor allem in die Jugend getragen.

In Baden hat sich das Reichsbanner besonders mächtig entfaltet. Und hier sind es denn auch die republikanischen Staatsbehörden selbst, die mannhaft und ohne Scheu für das Reichsbanner eintreten. Schon allein die Liste der Männer, die in Artfeln zur Südwestdeutschen Republikanertagung das Wort ergriffen, und noch mehr die Rednerliste bei der Gaubannerweihe selbst zeugen klar und deutlich, daß bei uns in Baden alle drei regierenden Koalitionsparteien der großen republikanischen Organisation mit Wohlwollen gegenüberstehen, und zwar mit einem Wohlwollen, das sich nicht bloß platonisch, sondern auch durch die Tat äußert.

Wie schon gesagt, war die Beteiligung der Mitglieder und Freunde des Reichsbanners an der Tagung ungemain groß. Die Festhalle hat wieder einmal für die Zahl der Erschienenen nicht ausgereicht, so daß Parallelveranstaltungen abgehalten werden mußten. Der Verlauf der Tagung war harmonisch und deshalb noch umso wirkungsvoller. Dieser Wirkung wird sich niemand entziehen können. Von neuem haben die geschworenen Feinde der Republik — deren Zahl übrigens erheblich geringer ist, als manchmal angenommen wird — gesehen, daß der neue Staat, nicht nur in staatsrechtlichen Institutionen, sondern in den Herzen der Massen des Volkes verankert ist.

### Der Fackelzug am Samstag abend

Der Vorabend, der Samstag abend, brachte einen großen Fackelzug, der durch die flagengeschmückten Hauptstraßen der Stadt ging, die trotz der winterlichen Witterung und Schneefalls von einer dichten Menschenmenge umrahmt waren. Rund 2000 Fackelträger nahmen daran teil und das Bild des zwei Kilometer langen Zuges mit seinen zahlreichen Musikpfeifen war außerordentlich eindrucksvoll. In der Nacht traf Bundespräsident Göring ein und wurde von Fackelträgern nach seinem Quartier begleitet.

### Die Feier am Kriegerehrhof

Der Sonntag wurde durch Choräle von den Türmen des Rathauses und der katholischen Stefanikirche eingeleitet. Darauf zogen die Gruppen am Vormittag zu den schneebedeckten Kriegerehrhöfen hinaus, wo Pfarrer Kappes die Gedächtnisrede auf die toten Kameraden hielt. Dann senkten sich die schwarz-rot-goldenen Banner über die Gräber und Kränze mit schwarz-rot-goldenen Schleifen wurden niedergelegt. Die schlichte Feier hinterließ bei allen Teilnehmern einen tiefen Eindruck.

### Der Festzug

Nach dem Gedächtnisakte formierten sich um die Mittagsstunde die Teilnehmer zum Festzuge durch die Hauptstraßen der Stadt nach der Festhalle und dem Kongreßhaus. In unübersehbarer Reihe bewegten

sich die Ortsgruppen mit ihren Fahnen, darunter auch die alten Fahnen von 1848 und die historische Hambacher Fahne von 1832, durch die Hauptstraßen der Stadt. Der Festzug nahm seinen Weg am Rathaus vorbei, auf dessen Vortreppe sich u. a. Bundespräsident Hirth, Staatspräsident Professor Dr. Sellpach und Finanzminister Dr. Köhler eingefunden hatten. Ein Wald von schwarz-rot-goldenen Fahnen bewegte sich durch die Straßen. Die musterhafte Marschdisziplin der Teilnehmer fand allenthalben Anklang. U. a. war Rammheim mit 1900 Mann vertreten. Stärkere Kontingente stellten auch Heidelberg, Bruchsal, Forstheim, Durlach, Ettlingen, Bretten, Offenburg, Schwenningen, Lahr, Badenburg, Baden-Baden, Freiburg. Besonders begrüßt wurden die Pfälzer, die auch die Pfalz-bayerischen Farben mitführten. Die öffentlichen Gebäude und zahlreiche Privatgebäude trugen reichen Flaggen Schmuck. Tadellos klappten die Ordnungsmassnahmen der Polizei.

Im dicht gefüllten großen Festsaal fand anschließend im Rahmen eines würdigen Festprogramms

#### die Gaubannerweihe

statt. U. a. waren als Ehrengäste Staatspräsident Professor Dr. Sellpach, Innenminister Kemmele, Finanzminister Dr. Köhler, Landtagspräsident Dr. Baumgartner und Bürgermeister Sauer zugegen. Der Einzug der Ortsgruppen, besonders der alten Fahnen, wurde mit feierlichen Heilrufen und Gendelstischen begrüßt. Im Konzertsaal und im „Friedrichshof“ fanden Parallelveranstaltungen statt.

Der Gauführer Dr. Kraus-Rannheim hieß nach dem Freiheitsmarsch von Richard Wagner „Mein“, stürmisch wie alle folgenden Redner begrüßt, die Versammlung herzlich willkommen. Er gedachte, während sich die Anwesenden von den Sätzen erhoben, des verstorbenen Reichspräsidenten und schloß mit dem Gelübnis des unentwegten Kampfes für das Werk Eberts.

Dann ergriff der badische Staatspräsident Dr. Sellpach das Wort. Er hieß die Teilnehmer im Namen der badischen Regierung herzlich willkommen und feierte die Farben Schwarz-Rot-Gold als Sinnbild der deutschen Nation. Es gehe heute darum, ob die Republik nur eine äußere Hülle sein soll, in der der alte Obrigkeitsstaat wieder aufgebaut, oder ob die Republik der wahrhafte Ausdruck des in der Demokratie sich selbst bestimmenden Volkes sein soll. Dabei darf der großdeutsche Gedanke nicht vergessen werden. Wenn dieser Gedanke je einmal verflüchtigt wäre, dann wäre das Reichsbanner nicht wert, die Farben schwarz-rot-gold zu tragen. Nur in Freiheit kann das neue Deutschland gedeihen und emporkommen. Wer groß werden will, für den gibt es nur einen Weg: durch Freiheit zur Größe.

#### General von Deimling

Er belannte sich unter Abwehr der Angriffe, die aus Offizierskreisen gegen seine Person erhoben werden, als begeisterten Anhänger des Reichsbanners und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Macht des Reichsbanners nicht ohne Einwirkung auf die republikanischen Parteien im Reichstag bleiben werde. Empörend sei, daß die Reichskreise sich anmaßen dürfen, sie seien allein national. Das Reichsbanner ist vaterländisch, es muß sich bewähren, daß es eine Macht ist. Je uneiniger die Parteien sind, desto einiger wollen wir im Reichsbanner zusammenhalten.

In der Reihe der Redner folgte Finanzminister Dr. Köhler,

der betonte, Großdeutschland sei unsere Sehnsucht und unser nationales Streben. Ein Preußen-Deutschland wollen wir nicht wieder. Als Fahnenpruch gab der Redner dem Banner den des Hambacher Festes: Deutschlands Wiedergeburt. Er ist die Parole des Reichsbanners. Arbeiter halten diese Fahnen, Millionen deutscher Arbeiter, und die Schaffenden alle — wiederum Millionen — sind ihre Hüter. Es ist der Sinn des Volkstaates — des Staates des Volkes — überhaupt, daß die Schaffenden ihr Werk hüten und immer weiter vollenden. So wird die juristische Demokratie der Verfassungsparagraphen erst belebt durch den tätigen Volkssinn der Millionen, die sich ohne Aufruf, nur aus dem tiefen Gefühl der Liebe zum Staat, zu ihrer Republik, zusammenscharen. In diesem Sinne das Reichsbanner und seine Tätigkeit aufgefaßt, vollbringt es die deutscheste und ehrenvollste Tat, die Bürger eines Staates vollbringen können. Viele, gar zu viele, bringen angelehnt dessen den Mut noch nicht auf, frei und offen zu bekennen, was auch in ihrer Brust schlägt. Daß unter diesen auch solche sind, die der Republik und ihren Farben in den Tagen der Gefahr einst zuzubekennen und dieser Republik Leben und die Erhaltung ihres Bestandes verankern, sei nur festzustellen. Reichsbannergeist ist echter Vaterlandsgedanke, ist Geist des Opferstills für alle. In diesem Jahre sind 1000 Jahre verfloßen, seit das Rheinland endgültig deutsches Reichsland wurde. Am Rhein wurde von den schwarz-rot-goldenen Deutschen die Ruine des Kölner Domes, einst das Zeichen deutscher Ohnmacht, erneuert. Zu diesem Jahre wird die schwarz-rot-goldene Fahne wieder vom hohen Dom im heiligen Köln flattern und die Rheinlandschlode wird ihr tiefes deutsches Lied ertönen lassen; das neue Deutschland wird dort eingetaucht werden. Die Freiheit des Rheins ist die Freiheit der deutschen Republik. Und das muß die zeitpolitische Aufgabe des Reichsbanners sein: Haltet wach den Glauben an die deutsche Freiheit!

Schließlich sprach Bundespräsident Hirth,

der in kurzen Zügen den Werdegang des Reichsbanners festzeichnete und feststellte, daß seit dem einen Jahre Reichsbanner die politischen Zustände in Deutschland doch ein klein wenig besser, anständiger und menschlicher geworden seien. Die Aufgaben des Reichsbanners sei nicht die Gewaltanwendung, sondern der Schutz des Bestehenden. Der Redner warnte vor der Wahlmüdigkeit im ersten Wahlgang des Reichspräsidenten. Bewahrheitet sei, daß die Republikaner sich zur Präsidentenwahl nicht auf eine Einheitskandidatur haben einigen können. Allerdings ein großes Unglück ist mit der Aufstellung mehrerer republikanischer Kandidaten nicht geschehen. Es kommt nur darauf an, daß sich die Republikaner im zweiten Wahlgang einigen und einen Mann wählen, der republikanisch absolut einwandfrei ist.

#### Die Bannerweihe

Den Höhepunkt des Festes bildete die darauf vollzogene Bannerweihe, wobei der Oberpräsident Hirth ein begeistert aufgenommenes Hoch auf das deutsche Vaterland und die deutsche Republik ausbrachte. Der Festakt vollzog sich unter Darbietungen eines Bläserchors, Orgelbegleitung und Weihenwässern. Zum Schluß sang die Volksgesangsabteilung Brügers „Hymne an die Republik“. Unter stürmischen Beifall und Gendelstischen und unter den Klängen eines Festmarsches beendeten die Fahnenabteilungen den Saal.

Den Schluß des Tages bildete die Aufführung der Meisterlieder im Festsaal.

Bei der Feier im Konzertsaal sprach Reichstagsabgeordneter Schöpflin und später General von Deimling. Im „Friedrichshof“ sprach Gauvorsitzender Dr. Kraus und später Reichstagsabg. Schöpflin.

## Bergauf die Straße!

Unter dieser Überschrift hat Innenminister Kemmele im Karlsruher „Volkstreu“ zur Begründung des südwestdeutschen Republikanertags folgenden Artikel veröffentlicht.

Wie eine reife Frucht fiel dem deutschen Volk die republikanische Staatsform in den Schoß. Seit dies geschehen, mußte um die Erhaltung derselben stets gekämpft werden. Dabei änderte sich natürlich fortwährend die Form der Verteidigung, je nachdem die Angriffsbasis sich gestaltete.

Nach der Umwälzung hielten es die Arbeiterräte für opportun, die vorläufige Volksregierung zu „kontrollieren“. Dadurch suchten die Arbeiterräte — bald danach auch die Bauernräte — mit den zuerst auf dem Plan gestandenen Soldatenräten im Wettbewerb die neue Landespolitik zu beeinflussen. Das verließ nicht immer glatt.

Heimwärtskehrende Feldtruppen durchzogen das Land; an den Straßen entlang und auf den Bahnhöfen häuften sich hordenloses Kriegsgeschehen. Ein illegaler Handel mit Lebensmitteln, mit Militärpferden und mit militärischen Ausstattungsgegenständen war in Schwunge. Von diesen Werten für das Reich zu retten, was möglich war, dafür bedurfte es der Mobilisierung von Arbeiter- und Soldatenräten. Andere Hilfskräfte gab es damals kaum.

Viele fühlten sich berufen zur Führung des Volkes — Professoren, Studenten, Schriftsteller — politische Sendboten mit irgendwie und irgendwo gestempelten Ausweispapieren, die zeigen wollten, wie die Republik auf die Beine zu stellen sei. Offiziere boten ihre Dienste an. Es war aber wichtigeres zu tun, als zu diskutieren. Die damals im Großherzoglichen Schloß gelegenen Büros der Arbeiterräte-Landeszentrale sahen zu halten von unruhigen Zeitverweilern war mitunter keine einfache Sache. Und geht die nicht willig, dann braucht sich Gewalt, hieß es denn auch mehr als einmal.

Spätlich suchte sich festzusetzen. Die Auswirkung der in zwei Lager gespaltenen Sozialisten ließ innerhalb der Arbeiterräte die einmal gegebene Marschrichtung oft sehr schwer einhalten. Auf deren Landesversammlung ging es dieserhalb recht heiß her. Meisterräte von Dialektik wurden gezeigt — in heftiger Leidenschaft; nicht selten bildeten hierbei die Soldatenräte den ruhenden Pol.

Starke Arbeitermassen drängten bald nach links ab. Die Aufschreie in Berlin, später in München, wickelten wie Wellenschlag auf die Gemüter der Menschen. In Mannheim wurde die Räterepublik ausgerufen, Zeitungsbetriebe besetzt, Gefängnisse geöffnet. Arbeiter richteten Maschinengewehre auf Arbeiter. Es floß Blut! Einem eingekerkerten Feuerbrand gleich pflanzte sich die Revolte durch das Land fort.

Solche Stunden der Not erforderten starken Entschluß, ein Schwanken durfte es nun nicht mehr geben. Aus den Trümmern des alten Heeres wurden Freiwilligen-Bataillone gebildet. Verrat! Reaktion! So hieß es nun. Peter und Paul, die scharfe der militärisch ausgerüstete Volkseinst, weil nun Handgranaten gegen Handgranaten geschickt wurde.

Die Freiwilligenbataillone mußten nach dem Spruch des Feindbundes aus der neutralen Zone. An deren Stelle trat die Gruppenpolizei; die Volkswachen hatten in ihre aufzugeben. Diese Entscheidung sowie manch eine Detailregelung ward jetzt in den Reihen der Republikaner bitter über empfunden. Doch was half das? Das Volk hatte wieder sein Parlament, das Land eine Verfassung! Die Legalität der Gewalte ließ nicht Raum für eine weitere Erhaltung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte. In der Runderberatung war nach eine Zeitlang zu tun.

Dann die Einwohnervewehrer! Neben Republikanern hatten sich in ihnen monarchistische Kreise eingeschoben, um, wie wir einmal gesagt wurde, die wackligen Ministerstühle zu stützen, damit jenes erste weiteres Unheil verhütet blieb. Wie es mit der Einstellung dieser Wehren zur Republik stand, war nicht überall und immer ganz klar zu erkennen. Der Kampfbund brachte zwar keine Enttäuschung, doch besser ist besser! Keine Aufschreie vor sich auf Widerstand — auch im Landtag. Heute hat das badische Volk in seiner Polizei und Gendarmen eine gut ausgebildete und, wie ich wohl annehmen darf, für den Schutz der Republik zuverlässige Macht. Doch diese Macht allein schafft es nicht.

Außenpolitischer Druck, wirtschaftliche Verelendung, Währungsverfall und Korruption brachte das wertvolle Volk an den Rand der Verzweiflung. Gestützt auf diese hofften deutsch-völkische Kreise, die Restauration der Monarchie ihrem Ziele zuführen zu können. Viele der Gestalten, die im toll aufgewühlten Hexenkessel des Revolutionsjahres oben auf geschwommen und abgedünnt worden waren, fanden sich im deutschvölkischen Lager wieder obenan. Was auch geschehen mochte im Kampf gegen die Auswanderung des Volkes, es wird sabotiert. Was eine von den Deutschenationalen beeinflusste Regierung Luno mit den Ruhrkämpfen zugebracht hatte, das freidete man den Republikanern aufs Konto.

So dröhte gegen Ende des Jahres 1923 die Republik unterzugehen. Das Werk der Kommunisten in Thüringen und in Sachsen fand sein Echo im Aufmarsch der Reichswehr, die südlich der Mainlinie geworbenen deutsch-völkischen Freikorps fanden in Nordbavarn mobilisiert, hartend des Rufs aus dem Norden zum „großen Heine machen“.

In höchster Not, geradezu in zwölfter Stunde, trat das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in die politische Arena. Was es bisher schon ausgerollt hat an Massen, was es geleistet an Entgiftung der geistigen Atmosphäre, das findet in der deutschen Geschichte kein Gleichnis. Schwarz-Rot-Gold steht kampfbereit gegen Schwarz-Weiß-Not. Republikaner in Reich und Glied gegen formierte Monarchisten! Wäre es ohne solche Abgang im Leben der jungen Republik, wenn hätte das nicht lieber sein können als den Männern im Reichsbanner, welche die schwere Bürde von Arbeit und Verantwortung tragen. Lubendorf, Deutschlands Unglücksstabe, und was um ihn herumflucht, sind als ungenaukte Geburtshelfer des republikanischen Massenaufruchs anzusehen.

Es drohte in den letzten 6 Jahren das Reich zu zerbrechen. Es wurde allemal gerettet. Nicht minder oft drohte der republikanischen Staatsform Gefahr. Diese wurde immer wieder gemindert. Die alten Gewalten wollen wieder zurückholen, was sie in blöder Verkennung verlorren und verlernt haben. Sie phantasieren sich wieder. Demokratische Freiheit, soziales Recht und menschliche Würde werden triumphieren über freilebende Agitation der verirrten Köpfe. Die Fundamente des neuen Staates bestehen. Auf sie das Gebäude derselben zu setzen, geht nicht ohne Mühe und Kampf, sei es drum, es muß gelingen!

## Zur Reichspräsidentenwahl

### Weitere Kandidaten

Wir aus München gemeldet wird, fordert Hitler im „Bayerischen Kurier“ die Aufstellung eines besonderen deutschvölkischen Kandidaten, in dem sich der freie Wille des deutschen Volkes verkörpere. Am Sonntag hat Lubendorf im Stilleroggen eine Kundgebung veranstaltet, in der seine ganze Kraft für das Volks- und Staatswohl zur Verfügung gestellt. Hitler selbst hat alle bisher genannten Kandidaten scharf abgelehnt. Es heißt, daß die offizielle Aufstellung Lubendorfs als Kandidat der Reichspräsidentenwahl der Reichspräsidentenwahl als

Der Landesauschuß der Bayerischen Volkspartei hat am Samstag einstimmig beschlossen, für die Wahl des Reichspräsidenten am 29. März als Kandidaten den bayerischen Ministerpräsidenten Seid aufzustellen. Die Zustimmungserklärung des anwesenden Ministerpräsidenten Seid wurde mit stürmischem langandauernden Beifall aufgenommen.

### Aufrufe

Der Reichspräsident der Reichsparteien erläßt einen Aufruf an das deutsche Volk zur Wahl von Dr. Jarres zum Reichspräsidenten. Der Aufruf trägt die Unterschriften des Vorsitzenden des Zentralverbandes der Landarbeiter, des Jungdeutschlandbundes, verschiedener Hochschullehrer, der Vereinigten vaterländischen Verbände Deutschlands, des Deutschen Offizierbundes, des Reichslandbundes, des Bervolk, des Reichsverbandes der deutschen Volksschullehrerinnen, des preussischen Verbandes der Haus- und Grundbesitzervereine, des Deutschenationalen Handlungsgesellenverbandes, des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, des Deutschen Handwerkerbundes, des Nationalbundes deutscher Offiziere, des Reichs-Offizierbundes, des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg und des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis.

In dem Aufruf der Deutschen demokratischen Partei heißt es u. a.: „In dem badischen Staatspräsidenten Sellpach haben wir einen Bewerber aufgestellt, der Träger der großen nationalen demokratischen und liberalen Gedanken unserer Zeit ist. Sellpach lehnt es ab, die Interessen einer Klasse, eines Standes, eines Berufs und einer Konfession zu bevorzugen. Er ist ein Mann der Gemeinschaftsarbeit aller Bürger zwischen denen, die nach rechts und links auseinanderstreben, steht er den jenseitigen Weg der Mitte. Er ist innerlich ein überzeugter Anhänger der Weimarer Verfassung und wird ein Hüter dieser Verfassung sein. Sellpach vertritt authentisch den demokratischen und liberalen Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der freien Völker. Er ist ein Käufer und Bahnbrecher für den Großdeutschen Gedanken der Erfüllung des hundertjährigen Einheitsstraumes der deutschen Nation. Wir haben ihn herangestellt, nicht, als Träger einer Parteifähne, sondern als einen Mann, der den besten deutschen Gedanken und die beste deutsche Arbeit in sich verkörpert, und der in seinem ganzen Wesen ein wahrhafter Vertreter der deutschen Nation ist.“

## Politische Neuigkeiten

### Gefahr über die deutsche Wehrmacht

Im Abendsaal in Hamburg hielt Samstagabend Reichswehrminister Gessler einen Vortrag über die deutsche Wehrmacht. Er legte eingehend die mannigfachen Schwierigkeiten dar, denen er sich bei seiner fünfjährigen, der Konsolidierung der Reichswehr gewidmeten Arbeit gegenübersehen habe. Die Frage nach Wert und Existenzberechtigung einer solchen allermodernen Kampfmittel beraubten Wehrmacht, eine Frage, die in dem Augenblick wieder auf werde, wo der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und die Teilnahme an den Sanktionsmaßnahmen des Völkerbundes wieder erwogen werde, sei eine solange mühsig, als nicht das Problem der allgemeinen Abrüstung gelöst sei. Der Minister hob die demütigende Art der Kontrollmaßnahmen hervor und betonte das Verdienst, das sich General Seekt dadurch erwarb, daß er den jugendlich romantischen Vorstellungen von einer Wehrkraft mit sachlichem Ernst entgegentrat. In heimliche Klüften in Deutschland glaubten selbst die besten Köpfe in der Entente nicht mehr. In einem so uneinigen Volke wie dem deutschen schienen für heimliche Abteilungen alle Voraussetzungen. Der Vorwurf der Politisierung der Reichswehr sei ihm naturgemäß nicht erspart geblieben. Der Minister wies darauf hin, daß die Tatsache, daß in den vergangenen Jahren auch in der schwierigsten Zeit die Truppe nie den Händen ihrer Führer entglitten sei, alle Einwände gegenstandslos mache. Die Kernfrage des Verfalls der Wehrmacht sei die Verlorung der verabschiedeten Soldaten. Der Reichswehrminister richtete an alle Volksgenossen den Appell, an der Lösung dieses Problems mitzuarbeiten und schloß mit der Mahnung zur Einheit, zu der auch das im Volke wachsende Heer beitragen werde. Die Ausführungen des Reichswehrministers wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

### Die Finanzgebarung des Reichs

Nach der Übersicht über die Geldbewegung bei der Reichspräsidentenwahl für Februar beträgt die Summe der Einzahlungen 693 943 314 Reichsmark und die von April 1924 bis Februar 1925: 6 951 147 990 RM. Die Summe der Auszahlungen betrug im Februar 1925: 583 326 449 Reichsmark und 6 295 743 165 Reichsmark in der Zeit vom April 1924 bis Februar 1925. Womit ergibt sich ein Überschuss von 110 616 865 Reichsmark im Februar 1925 und ein Überschuss von 655 404 822 Reichsmark in der Zeit vom April 1924 bis Februar 1925. Hierbei wurden die von dem Generalagenten für die Reparationszahlungen für die Zeit vom 21. Januar bis 20. Februar zurückverwiesenen Beträge mit rund 40,9 Millionen berücksichtigt. Die schwebende Schuld betrug am 28. Februar 15 765 048 160 Reichsmark.

### Die Fristen der 3. Steuernotverordnung

Der Reichsrat erteilte am 13. März einem Gesetz über die Verlängerung der Fristen der dritten Steuernotverordnung seine Zustimmung. Nach dem Entwurf sollen die Fristen für die Stellung eines Antrages auf Erhebung des Aufhebungsbeschlusses (§ 2, Absatz 1, Satz 3 der 3. Steuernotverordnung) und für die Anmeldung von Sparlassensgaben (§ 7, Absatz 1, Satz 1 der Verordnung) und für die Stellung eines Antrages auf Aufhebung einer hypothekarischen gesicherten Forderung, abweichend von dem Normalfall von 15 Prozent (§ 7, Absatz 3 der ersten Durchführungsverordnung) und für die Anmeldung eines Antrages auf Aufhebung umgelasteter Pfandbriefe (§ 15, Absatz 1, Satz 2 der 3. Durchführungsverordnung) weiter bis zum 30. Juni verlängert werden. Gleichzeitig soll der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes betr. die Aufhebung des Verfalldes vor den Gerichten und den Aufhebungsstellen vom 17. Februar (Reichsgesetzblatt 1, Seite 15) bis 30. Juni hinausgeschoben werden. Der Entwurf wurde dem Reichsrat angeleitet.

### Im Nagelburger Prozeß

wurde am Samstag der frühere Vizelandesrat Bayer vernommen, der Ebert als einen durchaus vaterländisch gesinnenden Mann schilderte, der mit großem Eifer für die Bewilligung

der Kriegskredite eingetrennen sei. Zum Januarstreik erklärte er, es sei ihm nicht bekannt, daß bei den Zusammenkünften zwischen den Parteiführern und der Obersten Heeresleitung Ebert und Scheidemann mit der Nichtbewilligung der Kriegskredite gedroht hätten, falls die Heeresleitung der Friedensentscheidung nicht zustimme. Wenn in den Erinnerungen Scheidemanns das Gegenteil stehe, so müsse dieser darüber ja Auskunft geben können. — Scheidemann erklärt als Zeuge, daß sein Sozialdemokrat bei der Zusammenkunft diese Drohung ausgesprochen habe. — Der Zeuge Dittmann bezeugt, auch die H. S. F. habe den Standpunkt der Landesverteidigung eingenommen und erst später, als man die Überzeugung gehabt habe, die Heeresleitung wolle einen Eroberungskrieg führen, habe man die Kredite abgelehnt. Das in der Exeptioner Küche beschlossene Flugblatt habe er verfaßt. In Aussagen des Zeugen Wallraf, des damaligen preussischen Staatssekretärs des Innern, erklärt Scheidemann, es sei unrichtig, wenn Wallraf sagte, die Deputation hätte mit ihm politische Verhandlungen verhandeln wollen. Vom ersten Augenblick an hätten sie Wallraf gebeten, über die Art und Weise, wie man aus dem Streik herauskommen könne, bezw. über Möglichkeiten, den Streikenden Gelegenheit zu Versammlungen zu verschaffen, zu verhandeln.

In der Nachmittags-Sitzung erklärte der Zeuge Dittmann u. a. weiter, daß die Mitglieder der Streikleitung über die Verfügung Weßels sehr ungeduldet waren, weil es durch diese Verfügung unmöglich gemacht worden war, die Streikbewegung in geordneten Bahnen zu halten. Der Streik sei übrigens nicht in dem Sinn gedacht gewesen, daß durch ihn die weinischen Munitionsrüstungen Deutschlands gefährdet werden sollten. Es sollte ein kurzer Demonstrationstreik sein, zu dem Zweck, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zum Verzicht auf die Annullationspläne und zum Abschluß eines Verständigungsfriedens zu bewegen.

### Die Unterfuchung der Finanzsachen

In der Samstag-Sitzung des preussischen Untersuchungs-ausschusses für die Vermögens-Verhältnisse des verstorbenen Reichstagsabgeordneten Dr. Carl Geheime, u. a. einen von Dr. Geheime, in welchem letzterer mitteilt, daß er als stellvertretender Vorsitzender der Reichstagskommission die sächsische Regierung vor Barinat gewarnt habe.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurden an den bereits früher vernommenen Reichstagsabgeordneten a. D. Bauer noch einige Fragen gerichtet, die mit dem Verkauf einer Margarinefabrik in Pöschelhof zusammenhängen. Diese von der Industrieabteilung des Reichswirtschaftsministeriums zum Verkauf gestellte Fabrik bewarb sich seinerzeit die Firma Maschinenfabrik Georg Müller. Jedoch wurde das Angebot dieser Firma vom Reichswirtschaftsministerium im Mai 1923 abgelehnt mit der Begründung, daß eine andere Verwendung der Fabrik stattdes stattfinden sollte. Hierzu erklärte Bauer, daß Barinat nicht hinter der Margarinefabrik gestanden habe, der in Form eines Kaufvertrages die Fabrik in Pöschelhof schließlich übertragen wurde. Der Verkauf an diese Firma, die „Dema“ sei nur eine Formalkauf gewesen und eigentlich habe es sich um eine Fusion gehandelt, bei der das Reich anteilsweise Aktien bekam, die dem Werte seines Grundstückes entsprachen. Die Dema übernahm es, den Betrieb in Pöschelhof aufzunehmen. Erst später habe Barinat die Finanzierung übernommen, jedoch nie etwas von den Aktien bekommen. Bis Juli 1923 habe Barinat etwa 2 Millionen Kredit gewährt. Im Mai 1923 verhandelte Barinat mit der Staatsbank wegen eines Kredites an ihn in Höhe von 70 000 Mark.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen teilte Zeuge Robert Schmidt mit, daß er nach Informationen aus dem Reichswirtschaftsministerium glaube, Barinat behaupten zu können, daß Barinat den Streik in Holland finanziell unterstützt habe. — Später kam es dann noch zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden des Ausschusses, dem Abg. v. Ruhen (Dt. Nat.), der erregt gegen den Vorwurf protestierte, verlässliche Informationen in der Presse veröffentlicht zu haben. Es handelt sich um einen am Minister Schmidt seinerzeit gerichteten Brief mit der Bitte um Geschäftsermittlung, den dieser (der Minister) gar nicht gelesen habe, da er im Büro geöffnet und als unerheblich den Ministern nicht vorgelegt wurde.

Im Reichstags-Untersuchungsausschuss befandete Geheimrat Meyer, Leiter der früheren Reichstagskommission, daß im Juli 1919 für 8 Millionen Mark Geschäfte mit der Amerzima abgeschlossen wurden. Die Lieferungen hätten außerordentlich viel zu wünschen übrig gelassen. Der Zeuge schildert dann verschiedene andere unglückliche Erfahrungen mit der Amerzima, die die Feststellung betrafen, überhaupt prinzipiell mit der Amerzima keine Geschäfte zu machen. Er habe den Eindruck gehabt, daß die Firma Barinats bei den Lieferungen bevorzugt wurde. Darauf vertrat sich der Ausschuss bis zum 19. März.

### Zum Eisenbahnerstreik

wird aus Berlin berichtet, daß sowohl bei der Reichsbahnverwaltung als auch bei den Gewerkschaften keine Neigung besteht, den am Freitag gefällten Schiedsspruch anzunehmen. Die Reichsbahnverwaltung macht geltend, daß sie die von dem Schiedsspruch festgesetzte Erhöhung der Löhne nicht tragen könne und daß ihr auch die Wiederinstellung der streikenden Arbeiter unmöglich sei. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß in der Frage der Arbeitszeit nicht das erreicht wurde, was sie verlangen wollten. Der Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes wird am heutigen Montag in einer Gesamtsitzung zu der durch den Schiedsspruch geschaffenen Lage Stellung nehmen. Wenn beide Parteien den Schiedsspruch ablehnen sollten, so wird am Mittwoch die Verbindlichkeitsklärung des Spruches folgen.

Eine Versammlung der streikenden Eisenbahner in Groß-Berlin nahm am Sonntag eine Entscheidung an, in der die Ablehnung des Schiedsspruches erklärt wurde. Außerdem wurde auch über mehrere von radikaler Seite eingebrachte Entschuldigungen, in denen die Ausrichtung des Generalstreikes gefordert wird, unter dem Druck der Versammlung abgestimmt und mit großer Mehrheit angenommen. — In einer Konferenz, die der Bezirksverband und Vertreter aller streikenden Ortsgruppen des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Bezirk Sachsen, am Sonntag in Dresden abhielt, wurde gleichfalls der gefällte Schiedsspruch abgelehnt und der Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes beauftragt, den Kampf sofort wieder vorzubereiten. Ferner wurde beschlossen, daß kein Streikender im Bezirk Sachsen die Arbeit wieder aufnehmen sollte, wenn die Reichsbahnverwaltung hierzu auffordern sollte.

### Polnische Rundgebungen

22. B. Warschau, 16. März. Wegen der angeblichen Gefahr einer deutsch-polnischen Grenzverletzung zugunsten Polens hatte der Warschauer Magistrat eine große Rundgebung für die Unversetztheit des polnischen Staates einberufen. Die Absicht eines starken Trupps von Demonstranten, vor der englischen Gesandtschaft eine feindliche Rundgebung zu veranstalten, wurde von der Polizei vereitelt. Vor der deutschen Gesandtschaft blieb alles ruhig. Auch in Katowitz, Abnitz und Larnowitz fanden große deutschfeindliche Rundgebungen statt. In Weden wurde verlangt, die Deutschen wenn nötig mit Gewalt aus Polen zu entfernen. In einem Demonstrationszug wurde ein Wagen mitgeführt, an dem eine lebensgroße Puppe in deutscher Uniform angeheftet war.

Der Urlaub der Reichsbeamten. Das Reichsministerium hat in seiner Sitzung vom 9. März auf Antrag des Reichsministers des Innern Richtlinien für die Erteilung des Erholungsurlaubs der Reichsbeamten erlassen. Hiernach beträgt der Erholungsurlaub im Rechnungsjahre 1923 in der Altersabteilung I (bis zu 30 Jahren), Altersabteilung II (30 bis 40 Jahre), Altersabteilung III (über 40 Jahre), für die Urlaubsklasse A (Besoldungsgruppe 1 bis 3) 16, 21 und 28 Kalendertage, Urlaubsklasse B (Besoldungsgruppe 4 bis 6) 18, 23 und 31 Kalendertage, Urlaubsklasse C (Besoldungsgruppe 7 bis 9) 21, 28 und 35 Kalendertage, Urlaubsklasse D (Besoldungsgruppe 10 bis 12) 25, 33 und 37 Kalendertage, Urlaubsklasse E (Besoldungsgruppe 13 und darüber) 29, 37 und 42 Kalendertage.

Ein Austritt aus der Deutschen Volkspartei. Frau Katharina v. Oheimb hat in einem Schreiben an den Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ihren Austritt aus der Deutschen Volkspartei erklärt. Als Grund ihres Austritts teilt sie mit, daß die zweifelhafte Haltung der offiziellen Führung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Reichspräsidentenwahl es ihr unmöglich mache, organisiertes Mitglied der Deutschen Volkspartei zu bleiben. Frau v. Oheimb bekennt sich nach wie vor zu den Grundgedanken der Partei. — Die Partei teilt dazu mit, daß Frau v. Oheimb durch ihren Austritt aus der Partei lediglich ihrem Austritt zugeworfenen sei.

### Kurze Nachrichten

Die Zahl der Todesopfer von Halle hat sich auf neun erhöht. Ein weiterer Fall ist hoffnungslos. Ob die Angeworbenen erschossen worden sind, steht noch nicht fest. — Am Sonntag kam es in Berlin-Neukölln zu Zusammenstößen mit demonstrierenden Kommunisten, wobei auf der Menge Schüsse fielen. Ein Demonstrant wurde tödlich verletzt.

Schiedsgerichtsvertrag mit Finnland. Im Auswärtigen Amt zu Berlin wurde am Sonntag ein allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag mit Finnland unterzeichnet.

Der König von England unternahm am Sonntag seinen ersten Spaziergang seit seiner Erkrankung an Grippe und Bronchitis.

## Badischer Teil

### Der Badische Landeselektrizitäts- und Wasserwirtschaftsrat

trat am heutigen Montag vormittag 10.45 Uhr im Sitzungssaal des Landtags zu einer voraussichtlich zwei Tage währenden Tagung zusammen, die sich mit folgenden Gegenständen beschäftigen wird: Ausbau des Rheins zwischen Bodensee und Basel u. Badenregulierung, Regulierung des Rheins zwischen Basel und Straßburg und französischer Seitenkanal, Refektaranlagen, Bau des Schlusseeverses, Prüfung der Stromleitungen und Hausinstallationen.

### Finanzminister Dr. Köhler

eröffnete die Tagung mit Begrüßungsworten, wobei er darauf hinwies, daß der im Juli 1923 zum letztmalig zusammengestellten Beirat die Aufgabe habe, das Ministerium zu beraten, Gutachten abzugeben sowie Wünsche und Anregungen zur Kenntnis zu bringen. Auf der letzten Tagung wurde ein allgemeines Programm entwickelt. In der Zwischenzeit sind die Arbeiten rüstig vorwärtsgewandert und wir stehen heute an einem bedeutungsvollen Abschnitt der Wasser- und Elektrizitätswirtschaft unseres badischen Landes. Der alsbaldige Ausbau des Rheins vom Bodensee bis Basel ist sowohl nach der Seite der Schiffahrt wie der Kraftgewinnung eine der wichtigsten Aufgaben, die unserem badischen Land gestellt sind. Für den planmäßigen Ausbau der Strecke Basel-Konstanz sind bereits außerordentlich wichtige Fortschritte erzielt. Aber den Abschnitt Basel-Eglisau liegt bereits der ganze von der bad. Wasserbauverwaltung bearbeitete Entwurf vor. Die anderen beiden Abschnitte bis zum Bodensee werden zurzeit von den schweiz. Behörden geprüft. Im Zusammenhang damit steht der Bau des Schlusseeverses bereits mitten in einer großen öffentlichen Diskussion. Große Bedeutung über das Land Baden und das deutsche Vaterland hinaus hat die Schiffarmachung des Rheins von Basel bis Straßburg. Frankreich will einen großen Seitenkanal mit einer Anzahl von Kraftstufen herstellen. Die Schweiz sieht eine Regulierung des Rheins vor. Die Verhandlungen über diese beiden Projekte sind zurzeit in der Zentralkommission im Gange. Aber den Stand dieser außerordentlich wichtigen, aber auch außerordentlich schwierigen Frage wird man hier ein Referat hören. Sodann ist die Refektaranlagen an einem gewissen Abschnitt angekommen. In dieser Angelegenheit wird sich der Beirat zu äußern haben, wie er sich zur Frage der Annullierung über Heidelberg hinaus stellt. Endlich ist die Frage der Stromleitungen und Hausinstallationen zu prüfen. Die bisherigen Verhältnisse auf diesem Gebiet sind unhaltbar und bedürfen dringend einer staatlichen Regelung, und es sollen grundlegende Vorschläge unterbreitet werden. Das Programm der Tagung ist somit ein außerordentlich reichhaltiges. Sie mögen daraus ersehen, daß die Aufgaben in der letzten Zeit sich gehäuft haben. Unsere badische Wirtschaft verlangt aber, daß ihre Lösung mit allen Kräften erstrbt wird. Kern an Kohlen und reich an hohen Eisenbahnfrachten hat die badische Wirtschaft außerordentlich schwer zu kämpfen. Wir müssen deshalb durch den Ausbau der Wasserstraßen und die Ausnutzung der Wasserkraften danach streben, zur Erhöhung der Produktion zu gelangen, eine leistungsfähige große Industrie, ein leistungsfähiges Metallgewerbe und Handwerk und zu schaffen. Eine wettaushauende Energie- und Wasserwirtschaft, die geleitet ist von dem Gedanken großer Wirtschaftlichkeit, wird das Ziel unserer Arbeit in den nächsten Jahren sein müssen. Baden ist im Verhältnis zu seiner Größe das an Wasserkräften reichste Land Deutschlands. Wir müssen und werden alles tun, um diese Kräfte unserer Volkswirtschaft auch entsprechend nutzbar zu machen. Dazu bedürfen wir der Kenntnisse und Erfahrungen der interessierten Kreise der Wirtschaft und der Wissenschaft. Der Finanzminister dankte zum Schluß seiner Ausführungen den Anwesenden für ihr zahlreiches Erscheinen und sprach den Wunsch aus, daß die Verhandlungen zum Heile unserer schönen Heimat gereichen mögen.

Baurat Altmeyer begann sodann das erste Referat über den Ausbau des Rheins zwischen Basel und Bodensee und die Badenregulierung.

### Der Hagenschiefprozess

22. Karlsruhe, 16. März 1923. Am heutigen 11. Verhandlungstag wird zunächst der Anklagepunkt Preistreiberi behandelt.

Sonnef erklärt, er habe von der ihm erteilten Generalvollmacht, die nötigen Maschinen und Materialien zu beschaffen, keinen Gebrauch gemacht, vielmehr den einzelnen Bestellungen jeweils eine Anfrage bei der Siedlungsbank vorausgehen lassen. Abse bemerkt, es sei kein Auftrag hinausgegangen, ohne daß Wetterer dabei mitwirkte. Sonnef bestreitet, daß er der Bank alles mögliche aufgeschwatzt habe. Alle Maschinen seien in seiner Dinglinger Werkstätte vor Ablieferung an die Siedlungsbank repariert worden. Der Angeklagte wendet nun im einzelnen gegen die Kalkulation des Sachverständigen Kady. Dieser habe die Unkosten viel zu gering angeschlagen.

An Hand der von der Verteidigung vorgelegten Pläne für das nicht ausgeführte Sägewerk erinnern sich Auseinandersetzungen über die Zweckmäßigkeit der Anschaffungen und die Frage, ob und inwieweit die gestellten Preisforderungen berechtigt waren. Hierzu werden die Oberingenieure Gehsam und Joachim als Sachverständige gehört, ferner der Angeklagte Detert und Zeuge Wetterer.

### Eine Berichtigung an die Mannheimer Arbeiterzeitung

An die Redaktion der „Arbeiterzeitung“ in Mannheim ist folgende Berichtigung gesandt worden:

In Nr. 62 Ihrer Ausgabe der „Arbeiterzeitung“ vom 14. März haben Sie unter der Überschrift: „Nemmel schließt die Wahlfreiheit“ eine Notiz gebracht, zu der ich Sie unter Hinweis auf § 11 des Pressegesetzes ersuche, folgende Berichtigung aufzunehmen:

#### Berichtigung.

1. Es ist unklar, daß die badische Justiz im Einvernehmen mit dem Innenministerium zur Erschöpfung der Wahlarbeit der A. S. D. Verhaftungen durchgeführt hat.  
2. Wahr ist, daß der Innenminister von den Verhaftungen nichts wußte; wahr ist ferner, daß kriminelle Verfolgungen stets ohne Kenntnis des Innenministers durchgeführt werden. Zuständig für kriminelle Verfolgungen ist lediglich die Justizbehörde.

### Aus der Landeshauptstadt

Feitschommene Falschmünzerverbände. In der Nacht zum Sonntag wurde von der hiesigen Kriminalpolizei, unter Mitwirkung der Gendarmerie Ettlingen und Forstheim eine seit Weihnachten 1924 systematisch arbeitende Falschmünzerverbande ermittelt, die nachstehenden Mitglieder festgenommen und in die Gefängnisse Karlsruhe, Ettlingen und Forstheim eingeliefert: Der verheiratete Graveur Hermann Effig aus Forstheim, wohnhaft in Ettlingen, dessen Ehefrau Maria geb. Mettenmaier, der Graveurlehrling Karl Kist aus Ettlingen, der Graveurlehrling Anton Scham aus Ettlingen, der Elektromonteur Richard Mettenmaier aus Ettlingen, der Graveur Fabrikant Ludwig Wurker und dessen Sohn Hermann Ludwig Wurker in Niefern. Die Herstellung des Geldes erfolgte in den Fabrikräumen des Wurker in Niefern. Angefertigt wurden Dreimarckstücke mit der Jahreszahl 1924 und dem Münzzeichen A. und G. Die Falschstücke sind so gut hergestellt, daß sie von den echten Stücken schwer zu unterscheiden sind. Auffällig dabei ist der hohe Silbergehalt und die scharfe Prägung. Nur ab und zu ist eine kaum auffallende Unebenheit wahrzunehmen. Sowie bis jetzt festgestellt werden konnte wurden ca. 1000 Falschstücke veräußert. Als Ausgaborte kamen hauptsächlich Karlsruhe, Durlach, Forstheim und Ettlingen in Betracht. Als Veräußerer benutzte der schon mit Zuchthaus vorbestrafte Effig die ihm früher unterstellt gewesenen Graveurlehrlinge Kist und Scham, die er für ihre Dienste schlecht bezahlte. Als Ausgaborte wurden hauptsächlich die Freitage und Samstage benutzt, und es wurden meistens kleinere Kaufleute heimgeführt. Zahlreiches Material und die zur Herstellung benutzten Werkzeuge usw. wurden beschlagnahmt.

Landestheater. Die Uraufführung des Dramas „Der arme Vetter“ von Ernst Barlach findet nunmehr am Mittwoch, den 18. März, statt. Die Vertreter der Hauptrollen dieses Werks, in dem der Wille zu weentlichen Sein aus selbstvollem Erleben einer gottfernen Zeit zu gelastenden Ausdruck ringt, sind die Damen Berlow, Noorman, Genter und die Herren Dahlen, Gübner, von der Trend-Altici, Klocke, Müller, Präter, Felix Baumbach hat die Spielleitung. Die neuen Bühnenbilder wurden von Emil Burckard hergeleitet. — Die Vorstellung beginnt um sieben Uhr. — Am Freitag, den 20. März, gelangt für die zu Ostern ihre Schulpflicht beendenden Volksschüler Schillers „Wilhelm Tell“ zum erstenmal zur Wiederaufführung. Lessings Lustspiel „Minna von Barnhelm“ geht am Samstag, den 21. März, zum drittenmal in Szene. — Am Sonntag wird am Sonntag, den 22. März, Hermann Sudermanns neuinszenierte Komödie „Die Schmetterlingsflucht“ zum erstenmal wiederholt. — Die Vorproben zur Neuaufführung des zweiten Teils von Goethes „Faust“ haben bereits begonnen.

### Verschiedenes

Das Ergebnis der Deutschlandfahrt 1923 wurde Sonntagabend in Köln bekannt gegeben. Vier Motorradfahrer, die vollkommen strafpunktfrei alle Etappen zurücklegten, wurden mit der großen goldenen Medaille ausgezeichnet. Die Namen sind: 1. Geiß aus Forstheim auf D. R. W. 2. Kolmsberg aus Pfarrkirchen auf Hündapp. 3. Dachtler aus Stutthart auf Mauer. 4. Brubus aus Nürnberg auf Victoria. Zu den ersten Siegern gehört auch der Schwabe Erikson auf Husqvarna mit 0 Strafpunkten. Er erhält die große goldene Medaille.

### Handel und Wirtschaft

#### Berliner Devisennotierungen

	20. März		14. März	
	Mark	Reich	Mark	Reich
Amsterdam 100 G.	167.86	168.28	167.79	168.21
Kopenhagen 100 Kr.	75.83	76.01	75.71	75.89
Italien . . . 100 L.	17.12	17.16	17.075	17.115
London . . . 1 Pf.	20.098	20.148	20.077	20.127
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	21.565	21.625	21.63	21.69
Schweden . . . 100 Kr.	80.88	81.18	80.93	81.18
Wien 100 Schilling	59.125	59.265	59.105	59.245
Bras . . . 100 Kr.	12.447	12.487	12.448	12.488

Veröffentlichung über den 100 Prozent

**Vörrach.** 3.82  
Handelsregistervertrag  
A IV O.-Z. 152, G. F.  
Ludwig Edel, Galingen.  
Inhaber ist Carl Friedrich  
Ludwig Edel, Kaufmann  
in Galingen.  
Vörrach, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I.

**Vörrach.** 3.84  
Handelsregistervertrag  
A IV O.-Z. 117 Schmidt  
& Co. Vörrach: Die Ge-  
sellschaft ist aufgelöst. Die  
Firma ist erloschen.  
Vörrach, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I.

**Mannheim.** 3.468  
Zum Handelsregister B  
Band XX O.-Z. 41, Firma  
„Verbandshaus Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim,  
wurde heute eingetragen:  
Durch Beschluß der Ge-  
sellschafterversammlung  
vom 9. Jan. 1925 ist das  
Stammkapital auf 21 000  
M. umgestellt und der  
Gesellschaftsvertrag in § 3  
entsprechend der einge-  
reichten Niederschrift, auf  
die Bezug genommen  
wird, geändert worden.  
Mannheim, 27. Jan. 1925.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.469  
Zum Handelsregister B  
Band XXVI O.-Z. 24,  
Firma „Gebrüder Wil-  
helm Gesellschaft mit be-  
schränkter Haftung“ in  
Mannheim, wurde heute  
eingetragen: Durch Be-  
schluß der Gesellschafter-  
versammlung vom 14. Janu-  
ar 1925 ist das Stamm-  
kapital von 250 000 M. auf  
25 000 Reichsmark umge-  
stellt u. der Gesellschafts-  
vertrag in § 2 (Stamm-  
kapital) entsprechend der  
eingereichten Niederschrift

**Mannheim.** 3.470  
Zum Handelsregister B  
Band XVII O.-Z. 56,  
Firma „Faserstoff-Werke  
Theodor Landauer Gesell-  
schaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim,  
wurde heute eingetragen:  
Auf Grund d. Beschlusses  
der Gesellschafterversam-  
lung vom 8. Januar 1925  
ist das Stammkapital von  
800 000 Mark auf 100 000  
M. umgestellt und der  
Gesellschaftsvertrag ent-  
sprechend der eingereich-  
ten Niederschrift, auf die  
Bezug genommen wird,  
geändert worden.  
Mannheim, 28. Jan. 1925.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.471  
Zum Handelsregister A  
wurde heute eingetragen:  
1. Band VII O.-Z. 14,  
Firma „Adolf Kraus“ in  
Mannheim: Die Gesell-  
schaft ist aufgelöst und das  
Geschäft mit Aktien und  
Passiven und samt der  
Firma auf den Gesell-  
schafter Kaufmann Felix  
Kraus, Mannheim, als al-  
leinigen Inhaber überge-  
gangen, der es unter der  
bisherigen Firma weiter-  
führt. Die Procura des  
Friedrich Ambs, Mann-  
heim, besteht fort.  
2. Band X O.-Z. 220,  
Firma „Jacob Hertel“ in  
Schriesheim: Die Firma  
ist erloschen.  
3. Band XVII O.-Z. 102,  
Firma „Carl Dauth“ in  
Mannheim: Die Firma  
ist erloschen.  
4. Band XVII O.-Z. 181,  
Firma „Goldbach &  
Leberer“ in Mannheim:  
Die Firma ist erloschen.  
5. Band XXIV O.-Z. 31,  
Firma „Wilhelm Ge-  
rig“ in Mannheim: Die  
Firma ist geändert in:  
„Gehrig & Sohn“. Kauf-  
mann Rudolf Sohn,  
Mannheim, ist in das Ge-  
schäft als persönlich haf-  
tender Gesellschafter ein-  
getreten. Die offene Han-  
delsgesellschaft hat am 1.  
Januar 1925 begonnen.  
6. Band XXV O.-Z. 146,  
Firma „Hermann  
Nuf“ in Mannheim: Die  
Firma ist geändert in:  
„Hermann Nuf, Electro-  
Großhandel, Westfalen“  
für alte und neue Be-  
leuchtungsart.  
7. Band XXV O.-Z. 153,  
Firma „Franz Carl“ in  
Mannheim. Inhaber ist

Franz Carl, Kaufmann,  
Mannheim.  
8. Band XXV O.-Z. 154  
Firma „Johann Hertel“,  
in Schriesheim. Inhaber  
ist Johann Hertel, Kauf-  
mann, Schriesheim.  
9. Band XXV O.-Z. 155  
Firma „Geller & Co.,  
Dachbederei, Baupengle-  
rei, Installationsgeschäft,  
Wissableiter“ in Mann-  
heim. Persönlich haftende  
Gesellschafter sind Schiff-  
kapitän Otto Geller Wit-  
we, Wilhelmine geb. Ven-  
zinger, Mannheim, Eisen-  
bahnschreiber a. D. Wil-  
helm Dufcher, Heidelberg.  
Die offene Handelsgesell-  
schaft hat am 10. August  
1924 begonnen. Dem Otto  
Geller, Mannheim, ist  
Procura erteilt.

10. Band XXV O.-Z. 156,  
Firma „Gebrüder  
Nothhermel“ in Mannheim-  
Waldhof. Persönlich haf-  
tende Gesellschafter sind  
Peter Wilhelm Nothher-  
mel, Kaufmann, Mann-  
heim-Waldhof, Hans Noth-  
hermel, Kaufmann, Mann-  
heim-Waldhof. Die offe-  
ne Handelsgesellschaft hat  
am 20. Januar 1925 be-  
gonnen.  
11. Band XXV O.-Z. 157,  
Firma „Weber &  
Gutheil“ in Mannheim.  
Persönlich haftende Ge-  
sellschafter sind Leonhard  
Weber, Kaufmann, Mann-  
heim, Robert Gutheil,  
Kaufmann, Mannheim.  
Die offene Handelsgesell-  
schaft hat am 19. Januar  
1925 begonnen.  
12. Band XXV O.-Z. 158,  
Firma „Friedrich  
Holzwarth“ in Mannheim.  
Inhaber ist Friedrich  
Holzwarth, Kaufmann,  
Heidelberg. Der Ort der  
Niederlassung war bisher  
Heidelberg.

13. Band XXV O.-Z. 159,  
Firma „Friedrich  
Wöringer“ in Mannheim.  
Inhaber ist Friedrich Wör-  
inger, Kaufmann, Mann-  
heim.  
14. Band XXV O.-Z. 160,  
Firma „Edmund  
Dahms, Textilwaren“ in  
Mannheim. Inhaber ist  
Edmund Dahms, Kauf-  
mann, Mannheim.  
Mannheim, 31. Jan. 1925.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.462  
Zum Handelsregister B  
Band XXIX O.-Z. 70  
wurde heute die Firma  
„Staubitz u. Gräffer Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim  
eingetragen. Der Gesell-  
schaftsvertrag der Gesell-  
schaft ist am 12. Janu-  
ar 1925 festgesetzt. Gegen-  
stand des Unternehmens  
ist der Ankauf und Ver-  
kauf von Kraftfahrzeugen,  
von Zubehörsachen für die-  
selben, Ausstattungsgegen-  
ständen zu denselben. Die  
Gesellschaft kann sich auch  
mit der Beschaffung und  
der Erzeugung von diesen  
und ähnlichen Zwecken die-  
nenden Maschinen und  
Zubehörsachen befassen.  
Sie kann sich bei Unter-  
nehmungen beteiligen,  
auch solche erwerben, auch  
wenn solche nicht in un-  
mittelbarem Zusammen-  
hang mit den Hauptpro-  
dukten oder sonstigen Er-  
zeugnissen stehen. Das  
Stammkapital beträgt  
5000 Reichsmark. Karl  
Staubitz, Kaufmann,  
Mannheim, Willi Gräffer,  
Kaufmann, Mannheim,  
sind Geschäftsführer. Der  
Gesellschaftsvertrag kann  
jeweils 6 Monate vor Ab-  
lauf des Geschäftsjahres  
gekündigt werden. Als  
nicht eingetragen wird ver-  
öffentlicht: Die Bekannt-  
machungen der Gesellschaft  
erfolgen durch den deut-  
schen Reichsanzeiger. Das  
Geschäftslokal befindet sich  
Erlbacherstr. 5.  
Mannheim, d. 6. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.463  
Zum Handelsregister B  
Band XXIX O.-Z. 70  
wurde heute die Firma  
„Staubitz u. Gräffer Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim  
eingetragen. Der Gesell-  
schaftsvertrag der Gesell-  
schaft ist am 12. Janu-  
ar 1925 festgesetzt. Gegen-  
stand des Unternehmens  
ist der Ankauf und Ver-  
kauf von Kraftfahrzeugen,  
von Zubehörsachen für die-  
selben, Ausstattungsgegen-  
ständen zu denselben. Die  
Gesellschaft kann sich auch  
mit der Beschaffung und  
der Erzeugung von diesen  
und ähnlichen Zwecken die-  
nenden Maschinen und  
Zubehörsachen befassen.  
Sie kann sich bei Unter-  
nehmungen beteiligen,  
auch solche erwerben, auch  
wenn solche nicht in un-  
mittelbarem Zusammen-  
hang mit den Hauptpro-  
dukten oder sonstigen Er-  
zeugnissen stehen. Das  
Stammkapital beträgt  
5000 Reichsmark. Karl  
Staubitz, Kaufmann,  
Mannheim, Willi Gräffer,  
Kaufmann, Mannheim,  
sind Geschäftsführer. Der  
Gesellschaftsvertrag kann  
jeweils 6 Monate vor Ab-  
lauf des Geschäftsjahres  
gekündigt werden. Als  
nicht eingetragen wird ver-  
öffentlicht: Die Bekannt-  
machungen der Gesellschaft  
erfolgen durch den deut-  
schen Reichsanzeiger. Das  
Geschäftslokal befindet sich  
Erlbacherstr. 5.  
Mannheim, d. 6. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.464  
Zum Handelsregister B  
Band XXIX O.-Z. 70  
wurde heute die Firma  
„Staubitz u. Gräffer Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim  
eingetragen. Der Gesell-  
schaftsvertrag der Gesell-  
schaft ist am 12. Janu-  
ar 1925 festgesetzt. Gegen-  
stand des Unternehmens  
ist der Ankauf und Ver-  
kauf von Kraftfahrzeugen,  
von Zubehörsachen für die-  
selben, Ausstattungsgegen-  
ständen zu denselben. Die  
Gesellschaft kann sich auch  
mit der Beschaffung und  
der Erzeugung von diesen  
und ähnlichen Zwecken die-  
nenden Maschinen und  
Zubehörsachen befassen.  
Sie kann sich bei Unter-  
nehmungen beteiligen,  
auch solche erwerben, auch  
wenn solche nicht in un-  
mittelbarem Zusammen-  
hang mit den Hauptpro-  
dukten oder sonstigen Er-  
zeugnissen stehen. Das  
Stammkapital beträgt  
5000 Reichsmark. Karl  
Staubitz, Kaufmann,  
Mannheim, Willi Gräffer,  
Kaufmann, Mannheim,  
sind Geschäftsführer. Der  
Gesellschaftsvertrag kann  
jeweils 6 Monate vor Ab-  
lauf des Geschäftsjahres  
gekündigt werden. Als  
nicht eingetragen wird ver-  
öffentlicht: Die Bekannt-  
machungen der Gesellschaft  
erfolgen durch den deut-  
schen Reichsanzeiger. Das  
Geschäftslokal befindet sich  
Erlbacherstr. 5.  
Mannheim, d. 6. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.465  
Zum Handelsregister B  
Band XXIX O.-Z. 70  
wurde heute die Firma  
„Staubitz u. Gräffer Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim  
eingetragen. Der Gesell-  
schaftsvertrag der Gesell-  
schaft ist am 12. Janu-  
ar 1925 festgesetzt. Gegen-  
stand des Unternehmens  
ist der Ankauf und Ver-  
kauf von Kraftfahrzeugen,  
von Zubehörsachen für die-  
selben, Ausstattungsgegen-  
ständen zu denselben. Die  
Gesellschaft kann sich auch  
mit der Beschaffung und  
der Erzeugung von diesen  
und ähnlichen Zwecken die-  
nenden Maschinen und  
Zubehörsachen befassen.  
Sie kann sich bei Unter-  
nehmungen beteiligen,  
auch solche erwerben, auch  
wenn solche nicht in un-  
mittelbarem Zusammen-  
hang mit den Hauptpro-  
dukten oder sonstigen Er-  
zeugnissen stehen. Das  
Stammkapital beträgt  
5000 Reichsmark. Karl  
Staubitz, Kaufmann,  
Mannheim, Willi Gräffer,  
Kaufmann, Mannheim,  
sind Geschäftsführer. Der  
Gesellschaftsvertrag kann  
jeweils 6 Monate vor Ab-  
lauf des Geschäftsjahres  
gekündigt werden. Als  
nicht eingetragen wird ver-  
öffentlicht: Die Bekannt-  
machungen der Gesellschaft  
erfolgen durch den deut-  
schen Reichsanzeiger. Das  
Geschäftslokal befindet sich  
Erlbacherstr. 5.  
Mannheim, d. 6. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.466  
Zum Handelsregister B  
Band XXIX O.-Z. 70  
wurde heute die Firma  
„Staubitz u. Gräffer Ge-  
sellschaft mit beschränkter  
Haftung“ in Mannheim  
eingetragen. Der Gesell-  
schaftsvertrag der Gesell-  
schaft ist am 12. Janu-  
ar 1925 festgesetzt. Gegen-  
stand des Unternehmens  
ist der Ankauf und Ver-  
kauf von Kraftfahrzeugen,  
von Zubehörsachen für die-  
selben, Ausstattungsgegen-  
ständen zu denselben. Die  
Gesellschaft kann sich auch  
mit der Beschaffung und  
der Erzeugung von diesen  
und ähnlichen Zwecken die-  
nenden Maschinen und  
Zubehörsachen befassen.  
Sie kann sich bei Unter-  
nehmungen beteiligen,  
auch solche erwerben, auch  
wenn solche nicht in un-  
mittelbarem Zusammen-  
hang mit den Hauptpro-  
dukten oder sonstigen Er-  
zeugnissen stehen. Das  
Stammkapital beträgt  
5000 Reichsmark. Karl  
Staubitz, Kaufmann,  
Mannheim, Willi Gräffer,  
Kaufmann, Mannheim,  
sind Geschäftsführer. Der  
Gesellschaftsvertrag kann  
jeweils 6 Monate vor Ab-  
lauf des Geschäftsjahres  
gekündigt werden. Als  
nicht eingetragen wird ver-  
öffentlicht: Die Bekannt-  
machungen der Gesellschaft  
erfolgen durch den deut-  
schen Reichsanzeiger. Das  
Geschäftslokal befindet sich  
Erlbacherstr. 5.  
Mannheim, d. 6. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

Die Procura des Dr.  
Friedrich Groß ist erlo-  
schen.  
Mannheim, d. 9. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Mannheim.** 3.588  
Zum Handelsregister B  
Band XXVIII O.-Z. 51,  
Firma „Phoenix“ Kohlen-  
handelsgesellschaft mit be-  
schränkter Haftung, Köln,  
Zweigniederlassung Mann-  
heim“ in Mannheim,  
Zweigniederlassung Sitz  
Köln, wurde heute einge-  
tragen: Dr. jur. Robert  
Ruh Mannheim-Rheinau,  
ist auf den Geschäftsbe-  
trieb der Niederlassung  
Mannheim beschränkt.  
Mannheim, d. 9. 2. 25.  
Bad. Amtsgericht D. 8.  
Abt. f. Registerwesen.

**Offenburg.** 3.24  
Handelsregister Abt. B  
Wd. I O.-Z. 71: Heinrich  
Schindler Gesellschaft mit  
beschränkter Haftung in  
Durbach bei Offenburg.  
Gegenstand des Unterneh-  
mens ist: a) Die Über-  
nahme und Fortführung  
des unter der Firma  
Heinrich Schindler in  
Durbach bisher betriebe-  
nen Unternehmens, b)  
Der Weinbau, die Her-  
stellung von Weinen,  
Branntweinen, Weindestil-  
lation, Spirituosen und  
Liquoren und der Handel  
mit diesen Erzeugnissen.  
c) Die Beteiligung an  
gleichen oder ähnlichen  
Unternehmungen.  
Stammkapital 50 000  
Goldmark. Geschäftsfüh-  
rer ist Kaufmann Hei-  
nrich Schindler in Durbach.  
Gesellschaftsvertrag vom  
9. Dezember 1924. Hei-  
nrich Schindler leistet fol-  
gende Sacheinlagen, in-  
dem er in Anrechnung  
auf die Einlage sein ge-  
samtes bisher unter der  
Firma Heinrich Schindler  
in Durbach betriebenes  
Unternehmen mit allen  
Aktiven, insbesondere mit  
seinem im Grundbuche  
von Durbach eingetragenen  
Hofgut und allen  
Passiven und dem Rechte  
zur Fortführung der Firma  
in die Gesellschaft ein-  
bringt. Der Wert dieser  
Sacheinlage beträgt  
25 000 Goldmark.  
Offenburg, 17. Jan. 1925.  
Bad. Amtsgericht I.

**Offenburg.** 3.25  
Handelsregister A 2b  
II O.-Z. 98 zu Firma  
Vergrößerung Kauf-  
haus Karl Wörter. Die  
Procura des Kaufmanns  
Hans Kramer ist erlo-  
schen.  
Offenburg, 28. Febr. 1925.  
Bad. Amtsgericht I.

**Forzheim.** 3.472  
Handelsregister Einträge.  
1. Firma Gustav Gille  
Woe. in Forzheim, Car-  
lierstr. 24: Die Inhaberin  
ist mit Steuerinspektor  
Karl Meier in Forzheim  
verheiratet.  
2. Firma Pfister &  
Wirth in Forzheim, Lun-  
denstr. 71: Die Gesellschaft  
ist aufgelöst. Der bishe-  
rige Gesellschafter Arthur  
Bath ist alleiniger Inha-  
ber der Firma. Die Procura  
des Hans Kirchner  
besteht fort.  
3. Firma Anton Weiß  
& Cie. in Forzheim, Kall-  
harbstr. 3: Dem Jrl. Meta

Stein in Forzheim ist  
Einzelprowa erteilt.  
4. Firma Donatus We-  
ber in Forzheim: Dem  
Kaufmann Paul Weber  
in Forzheim ist Einzelprowa  
erteilt.  
5. Die Firma Mag. G.  
Zaeckle in Forzheim ist  
erloschen.  
6. Firma Manskopf &  
Söhne in Frankfurt a. M.  
Zweigniederlassung in  
Forzheim: Die Procura  
des Hans Holtmann in  
Forzheim besteht fort.  
7. Firma Otto Sommer  
& Co. in Forzheim,  
Weichstr. 32: Kaufmann  
Sugo Eitel in Forzheim  
ist in die Gesellschaft als  
persönlich haftender Ge-  
sellschafter eingetreten.  
8. Die Firma Gustav  
Kemper in Forzheim,  
erloschen.  
9. Firma Wils. Biegler  
in Forzheim, westl. Nr.  
79: Rabbiner Wilhelm  
Biegler ist durch Tod aus  
der Gesellschaft ausgeschie-  
den und Fabrikant Oskar  
Biegler in Forzheim ist  
in die Gesellschaft als per-  
sönlich haftender Ge-  
sellschafter eingetreten.  
Amtsgericht Forzheim.

**Radolfzell.** 3.54  
Handelsregister A II  
O.-Z. 131: Franz Maurer  
in Singen; Inhaber  
Franz Maurer, Bäder-  
meister dafelbst. Geschäfts-  
zweig Klein- und Groß-  
handel mit Mehl und  
Futtermitteln.  
Radolfzell, 7. März 1925.  
Bad. Amtsgericht.

**Radolfzell.** 3.55  
Handelsregister A 2b  
II O.-Z. 128: Clemens  
Hermann Riebe in Ra-  
dolfzell. Die Firma ist er-  
loschen.  
4. März 1925.  
Amtsgericht.

**Radolfzell.** 3.56  
Handelsregister A:  
Karl Albert Koblbecker  
in Gagganau. Die Firma  
ist erloschen. 12. März  
1925. Amtsgericht.

**Säbnau.** 3.57  
Bekanntmachungen aus  
dem Handelsregister B  
Band I des Amtsgerichts  
Schönau:  
Ju O.-Z. 10: Spinnerei  
u. Weberei Tobinau G.  
m. b. H. in Tobinau.  
Otto Schmitt, Kaufmann  
in Tobinau, ist als Ge-  
sellschafter der Gesell-  
schaft ausgeschieden.  
26. Februar 1925.  
Ju O.-Z. 2: Katho-  
lisches Vereinshaus Zell I.  
M. u. b. H. in Zell.  
Durch Generalversam-  
lungsbeschluss vom 2. Fe-  
bruar 1925 wurde a) das  
Stammkapital auf 15 000  
RM. umgestellt und Ar-  
tikel 4 der Statuten dem-  
entsprechend geändert; b)  
Kaufmann Josef Vogt in  
Zell als Geschäftsführer  
bestellt und die Beendi-  
gung der Vertretungsbe-  
fugnis des zurückgetre-  
tenen Kaufmanns Ferdin-  
and Ritter in Zell be-  
schlossen. 3. März 1925.  
**Radolfzell.** 3.58  
Handelsregister B 2b  
II O.-Z. 15: Stierlen-  
Werke Aktiengesellschaft  
in Radolfzell. Gemäß dem  
Beschlüsse der Generalver-  
sammlung vom 8. Juli 1924  
ist das Stammkapital von  
20 000 000 RM. auf

800 000 Reichsmark umge-  
stellt, eingeteilt in 2000  
vollbezahlte auf den Inha-  
ber lautende Aktien von je  
400 RM. Nr. 1-2000 und  
der Gesellschaftsvertrag in  
§ 4 Satz 1 entsprechend  
der eingereichten Nieder-  
schrift auf welche Bezug  
genommen wird, geändert.  
Radolfzell, 10. März 1925.  
Amtsgericht.

**Schopfheim.** 3.55  
Handelsregister A O.-Z.  
156 Firma „Gebrüder  
Eichin, Holzhandlung in  
Wiesle“. Offene Handelsge-  
sellschaft. Die Gesellschaft hat  
am 1. Januar 1925 be-  
gonnen. Gesellschafter  
sind: Fritz Eichin, Holz-  
händler in Wiesle, Al-  
bert Eichin, Holzhändler  
in Legernau und Fried-  
rich Eichin, Holzhändler  
in Wiesle.  
Schopfheim, 12. März 1925.  
Bad. Amtsgericht.

**Schweigen.** 3.74  
Handelsregister Eintrag  
Abt. B zu O.-Z. 29:  
Schwanen-Brauerei  
Kleinmitt Aktiengesell-  
schaft in Schweigen.  
Durch Beschluß der Ge-  
neralversammlung vom  
23. Februar 1925 ist das  
Stammkapital auf 500 000  
RM. umgestellt. Die Um-  
stellung ist vollzogen. Der  
Gesellschaftsvertrag nach  
Maggabe der eingereich-  
ten Urkunde, auf die Be-  
zug genommen wird, ge-  
ändert. Das Stammkapital  
ist eingeteilt in 190 auf  
den Namen lautende Ak-  
tien zu je 500 RM. und 90  
Aktien zu 5000 RM.  
Schweigen,  
den 10. März 1925.  
Amtsgericht I.

**Willingen.** 3.14  
Ju O.-Z. 42 des Han-  
delsregisters A Band II  
Firma „Willy Gerber &  
Co., Kommanditgesellschaft“  
in Willingen wurde heute  
eingetragen:  
Die Firma ist geändert  
in: „Abrenfabrik Loh-  
hof Willy Gerber & Co.,  
Kommanditgesellschaft in  
Willingen“. Es sind wei-  
tere 48 Kommanditisten  
bestellt.  
Willingen, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.15  
Ju O.-Z. 38 des Han-  
delsregisters A 2b. II  
Firma „Abrenindustrie  
Willingen Wilhelm Schleis“  
wurde heute eingetragen:  
Die Firma ist erloschen.  
Willingen, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.16  
Unter O.-Z. 51 des  
Handelsregisters A 2b. II  
wurde heute eingetragen:  
Firma „Hilf-Willem  
Biltingen Otto Schmid“. In-  
haber der Firma ist Otto  
Schmid, Kaufmann in  
Willingen.  
Willingen, 9. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.17  
Unter O.-Z. 52 des  
Handelsregisters A 2b. II  
wurde heute eingetragen:  
Firma „Rudolf Scholl,  
Abren-Export-Versand in

Willingen i. V. (Schwarz-  
wald). Inhaber der Fir-  
ma ist Rudolf Scholl,  
Kaufmann in Willingen.  
Willingen, 9. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.56  
Ju O.-Z. 42 des Han-  
delsregisters B Band I  
Firma „Kaufmann A. G.“  
in Willingen wurde heute  
eingetragen:  
Albert Köllner ist als  
Vorstandsmitglied abberu-  
fen. Daniel Gödel, Pro-  
kurist in Baden-Baden, ist  
als Vorstandsmitglied be-  
stellt. Er ist berechtigt, ge-  
meinschaftlich mit einem  
zweiten Vorstandsmitglied  
oder einem Prokuristen  
die Firma zu zeichnen.  
Willingen, 4. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Wertheim.** 3.78  
Handelsregister Eintrag  
Abt. A O.-Z. 195: Firma  
Philipp Deber in Wert-  
heim: Die Firma ist er-  
loschen.

**Wiesbaden.** 3.86  
Handelsregister Eintrag  
Abt. A O.-Z. 218: Firma  
„Jakob Apfel & Co.“ in  
Wertheim. Inhaber Ja-  
kob Apfel, Kaufmann und  
Karl Vogt, Kaufmann,  
beide in Wertheim.  
Offene Handelsgesellschaft.  
Die Gesellschaft hat am  
1. Januar 1925 begonnen.  
Zur Vertretung der Ge-  
sellschaft ist jeder Gesell-  
schafter allein ermächtigt.  
Geschäftszweig: Gewürz-  
und Darmhandlung.  
Wertheim, 10. März 1925.  
Amtsgericht.

**Wiesbaden.** 3.14  
Ju O.-Z. 42 des Han-  
delsregisters A Band II  
Firma „Willy Gerber &  
Co., Kommanditgesellschaft“  
in Willingen wurde heute  
eingetragen:  
Die Firma ist geändert  
in: „Abrenfabrik Loh-  
hof Willy Gerber & Co.,  
Kommanditgesellschaft in  
Willingen“. Es sind wei-  
tere 48 Kommanditisten  
bestellt.  
Willingen, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.15  
Ju O.-Z. 38 des Han-  
delsregisters A 2b. II  
Firma „Abrenindustrie  
Willingen Wilhelm Schleis“  
wurde heute eingetragen:  
Die Firma ist erloschen.  
Willingen, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.16  
Unter O.-Z. 51 des  
Handelsregisters A 2b. II  
wurde heute eingetragen:  
Firma „Hilf-Willem  
Biltingen Otto Schmid“. In-  
haber der Firma ist Otto  
Schmid, Kaufmann in  
Willingen.  
Willingen, 9. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.17  
Unter O.-Z. 52 des  
Handelsregisters A 2b. II  
wurde heute eingetragen:  
Firma „Rudolf Scholl,  
Abren-Export-Versand in

Willingen i. V. (Schwarz-  
wald). Inhaber der Fir-  
ma ist Rudolf Scholl,  
Kaufmann in Willingen.  
Willingen, 9. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.56  
Ju O.-Z. 42 des Han-  
delsregisters B Band I  
Firma „Kaufmann A. G.“  
in Willingen wurde heute  
eingetragen:  
Albert Köllner ist als  
Vorstandsmitglied abberu-  
fen. Daniel Gödel, Pro-  
kurist in Baden-Baden, ist  
als Vorstandsmitglied be-  
stellt. Er ist berechtigt, ge-  
meinschaftlich mit einem  
zweiten Vorstandsmitglied  
oder einem Prokuristen  
die Firma zu zeichnen.  
Willingen, 4. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Wertheim.** 3.78  
Handelsregister Eintrag  
Abt. A O.-Z. 195: Firma  
Philipp Deber in Wert-  
heim: Die Firma ist er-  
loschen.

**Wiesbaden.** 3.86  
Handelsregister Eintrag  
Abt. A O.-Z. 218: Firma  
„Jakob Apfel & Co.“ in  
Wertheim. Inhaber Ja-  
kob Apfel, Kaufmann und  
Karl Vogt, Kaufmann,  
beide in Wertheim.  
Offene Handelsgesellschaft.  
Die Gesellschaft hat am  
1. Januar 1925 begonnen.  
Zur Vertretung der Ge-  
sellschaft ist jeder Gesell-  
schafter allein ermächtigt.  
Geschäftszweig: Gewürz-  
und Darmhandlung.  
Wertheim, 10. März 1925.  
Amtsgericht.

**Wiesbaden.** 3.14  
Ju O.-Z. 42 des Han-  
delsregisters A Band II  
Firma „Willy Gerber &  
Co., Kommanditgesellschaft“  
in Willingen wurde heute  
eingetragen:  
Die Firma ist geändert  
in: „Abrenfabrik Loh-  
hof Willy Gerber & Co.,  
Kommanditgesellschaft in  
Willingen“. Es sind wei-  
tere 48 Kommanditisten  
bestellt.  
Willingen, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.15  
Ju O.-Z. 38 des Han-  
delsregisters A 2b. II  
Firma „Abrenindustrie  
Willingen Wilhelm Schleis“  
wurde heute eingetragen:  
Die Firma ist erloschen.  
Willingen, 6. März 1925.  
Bad. Amtsgericht  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.16  
Unter O.-Z. 51 des  
Handelsregisters A 2b. II  
wurde heute eingetragen:  
Firma „Hilf-Willem  
Biltingen Otto Schmid“. In-  
haber der Firma ist Otto  
Schmid, Kaufmann in  
Willingen.  
Willingen, 9. März 1925.  
Bad. Amtsgericht I  
Gerichtsschreiberei.

**Willingen.** 3.17  
Unter O.-Z. 52 des  
Handelsregisters A 2b. II  
wurde heute eingetragen:  
Firma „Rudolf Scholl,  
Abren-Export-Versand in

Errungenschaftsgemein-  
schaft. Das jegige und  
künftige Einbringen der  
Dreuz ist vorbehalten.  
4. März 1925.  
Band II Nr. 446. Max  
Maidner, Händler in  
Steinach, und Josefina  
geb. Neumaier. Vertrag  
vom 29. Januar 1925;  
Gütertrennung. 6. März  
1925.  
Wolfsach, 6. März 1925.  
Amtsgericht.

**Reinsregister.** 3.87  
Zum Vereinsregister  
Band X O.-Z. 40 wurde  
heute eingetragen: „Ver-  
ein für Arbeiterwohlfahrt  
Mannheim“ in Mann-  
heim.  
Mannheim, 2. März 1925.  
Amtsgericht.

**Ettlingen.** 3.12  
Vereinsregister O.-Z.  
31: Ettlinger Baugilde in  
Ettlingen.  
Ettlingen, 6. März 1925.  
Amtsgericht.

**Mandolinen v. 12 M. an,  
Gitarren v. 20 M. an,  
Lauten v. 30 M. an,  
Zithern i. Kt. v. 25 M. an,  
Violinen i. Vg. v. 25 M. an,  
Tragbänder, Taschen,  
Saiten liefert gut u. billig  
Oskar Mühlhale, Karlsruher i. Baden,  
Rulihthstraße 14. 170**

**Aufpolstern  
von Matratzen und  
Divans etc. sowie Renan-  
fertigung besorgt reell u.  
billig  
E 100**

**Albert Ernst, Tapezier  
Steinbr. 21**  
3.68 Karlsruhe. Das  
Konkursverfahren über  
das Vermögen des Ban-  
kiers Erich Bühler hier  
wurde mangels Masse  
eingestellt. Termin zur  
Abnahme der Schlussrech-  
nung und zur Beschluß-  
fassung über die nicht  
verwertbaren Vermögens-  
stücke wurde bestimmt  
auf: Mittwoch, den 1.  
April 1925, Nachmittags  
5 Uhr, Zimmer 131 vor  
dem Amtsgericht Karlsru-  
he. Die Gebühren des  
Konkursverfahrens wu-  
den auf 5000 RM. fest-  
gesetzt. Karlsruhe, den  
10. März 1925. Gerichts-  
schreiberei Bad. Amts-  
gerichts A I.

**Harmonium**  
2 Reg. . Mark 220.—  
9 Reg. . Mark 275.—  
13 Reg. . Mark 380.—  
Zahlungserleichterung  
Frankfurter  
**Pianohaus Lang**  
Kaiserstraße 167/1  
Salamanderbuchhaus  
Telephon 1073 948

**Badisches  
Landestheater**  
Dienstag, den 17. März 1925  
E 13. 7. 6. 1501-2000.  
Bollschuhle Sondergruppe  
**Intermezzo.**  
Eine bürgerliche Komödie mit  
musikalischen Intermezzen  
in zwei Aufzügen von R. Strauß  
Musikal. Leitung: A. Dornig  
In Szene gef. von Carl Stang  
Personen:  
Christine v. Hartungen a. G.  
Der kleine Franz! . . . . . Baler  
Hoffkapellm. A. Storch . . . . . Barock  
Anna . . . . . Balthasar  
Baron Lummer . . . . . Balde  
Der Notar . . . . . Balder  
Seine Frau . . . . . Hentel  
Kapellm. Groß . . . . . Peters  
Ein Kommerzienrat . . . . . Döfer  
Ein Justizrat . . . . . Lothinger  
Ein Kammerjäger . . . . . Grah  
Herr . . . . . Beer-Gast  
Hann . . . . . Mosel-Zemisch  
Anfang 7 Uhr . . . . . Ende 10 Uhr  
Preise: Sperrst. I. Abt. 7.—14.—



Wir pflegen alle Zweige des bankgeschäfts-  
lichen Verkehrs und sichern pünktliche  
Erlösbilgung der uns erteilten Aufträge zu.  
Für Spareinlagen gewähren  
wir bestmögliche Verzinsung.

**Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe**  
mit Depotkassen am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mühlburg.